

Bildung

**Polaschek will Lehrer mit zehn Maßnahmen entlasten**



Bildungsminister Martin Polaschek. Caio Kauffmann

03.06.2024 um 16:38

Zur Umsetzung des Pakets sind Gesetzesänderungen notwendig. Der Bildungsminister plant einen Beschluss noch vor dem Sommer.

Damit Lehrerinnen und Lehrer sich wieder stärker auf das Unterrichten konzentrieren können, hat die Bundesregierung gemeinsam mit der Lehrgewerkschaft ein Entlastungspaket für die Schulen angekündigt. Es enthält zehn Maßnahmen, die Bildungsminister Martin **Polaschek** und

Paul Kimberger, Bundesvorsitzender der Lehrgewerkschaft, am Montag präsentierten. Zur Umsetzung der meisten Punkte des Pakets sind Gesetzesänderungen notwendig, diese will Polaschek in den nächsten Wochen „mit Nachdruck“ mit dem grünen Koalitionspartner diskutieren. Er hoffe auf einen Beschluss im Nationalrat noch vor dem Sommer.

Während alle Bundesschulen über administratives Personal verfügen, mussten organisatorische, administrative und koordinative Tätigkeiten an Volksschulen, Mittelschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Schulen bis dato von den Schulleitungen ausgeübt werden. Nun soll es auch an den Pflichtschulen zusätzliche Ressourcen für die pädagogisch-administrative Entlastung geben. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen eines Pilotprojekts, für das bis 2026 rund 80 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Das zehn Punkte umfassende Paket, auf das sich Ministerium und Lehrervertretung verständigt haben, sieht zudem eine Zulage bzw. Einrechnung vor, wenn Lehrer an Volksschulen in einer Deutschförderklasse unterrichten - schließlich seien diese mit viel Verwaltungsaufwand verbunden, der bisher nicht entlohnt wurde.

Erleichterungen sind beim Sonderpädagogischen Förderbedarf für Kinder und Jugendliche geplant, die wegen einer dauerhaften Beeinträchtigung besondere Förderung brauchen und generell oder teilweise nach dem Sonderschul-Lehrplan unterrichtet werden: Das Verfahren, das derzeit je nach Bundesland sehr unterschiedlich verläuft, soll zeitlich und inhaltlich gestrafft und bundesweit vereinheitlicht werden. Durch die Änderung sollen Eltern, Kinder und Schulen schneller Klarheit haben.

## „Mehr Autonomie“

Der innerhalb der Regierung wohl strittigste Punkt von Polascheks Paket ist, dass Schulen künftig selbst entscheiden sollen, ob es bei ihnen Kind-Eltern-Lehrer-Gespräche und in der Volksschule neben den Ziffernnoten eine ergänzende differenzierte Leistungsbeschreibung geben soll. Kimberger sprach in diesem Zusammenhang von „mehr Autonomie und mehr pädagogischer Freiheit“.

Von der SPÖ gibt es für das Paket seltenes Lob für Polaschek. „Wenn diese Hilfe trotz des Mangels an Lehrpersonen auch von den Schulen tatsächlich angenommen werden kann, ist das eine wesentliche Verbesserung“, sagt die rote Bildungssprecherin **Petra Tanzler**. Für Neos-Bildungssprecherin **Martina Künsberg Sarre** ist das Paket hingegen „kein Game-Changer für die Schulen“. Die Bundesregierung habe in ihrer Amtszeit im Bildungsbereich nichts bewegt, auch das nun präsentierte Entlastungspaket sei „zu wenig substanziell und nachhaltig“. (eho)

Lesen Sie mehr zu diesen Themen:

- [Innenpolitik](#)